

# افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد      بدین بوم و بر زنده یک تن مباد  
همه سر به سر تن به کشتن دهیم      از آن به که کشور به دشمن دهیم

[www.afgazad.com](http://www.afgazad.com)

[afgazad@gmail.com](mailto:afgazad@gmail.com)

European Languages

زبانهای اروپایی

Aus: Ausgabe vom 31.07.2017, Seite 3 / Schwerpunkt

Von Joachim Guilliard  
02.08.2017

## Das Massaker von Mossul

*Die siegreichen Truppen feiern, die Einwohner der einstigen irakischen Metropole nicht: Die Rückeroberung war Teil eines Vernichtungsfeldzuges*



*Altstadt von Mossul, 9. Juli: Angehörige von Antiterrorereinheiten des Irak vor den Leichen von Dschihadisten des »Islamischen Staats«*

Foto: Alaa Al-Marjani/Reuters

Neun Monate nach Beginn der Offensive auf Mossul erklärte der irakische Premier Haider Al-Abadi am 10. Juli die Stadt für vom »Islamischen Staat« (IS oder arabisch Daesch) befreit. Die Kämpfe mit einzelnen Widerstandsnestern sind jedoch noch lange nicht zu

Ende. Dschihadistenzellen operieren offensichtlich noch im gesamten Gebiet der früheren Metropole. Auch zwei Wochen nach Abadis Siegesmeldung saßen noch 250 Familien aufgrund anhaltender Gefechte in der Altstadt fest.

Im Unterschied zu den siegreichen Truppen haben die Einwohner der einstigen zweitgrößten Stadt Iraks keinen Grund zu feiern. Mosul liegt, wie Luftaufnahmen zeigen, nach der größten und verheerendsten Schlacht seit der US-Invasion 2003 in Ruinen. Bis zu 80 Prozent der westlich des Tigris gelegenen Viertel sind verwüstet. Alle fünf Brücken über den Fluss sind zertrümmert, der zentrale Krankenhauskomplex ist ausgebrannt, Strom- und Wasserversorgung wurden vollständig zerstört.

Ein großer Teil der betroffenen Gebäude war, wie Bilder zeigen, durch Bombardierungen aus der Luft verwüstet worden. Sowohl deren Häufigkeit wie auch die Verwendung schwerer Waffen hatten in den letzten Monaten laut Amnesty International (AI), Human Rights Watch und der britischen Initiative Airwars enorm zugenommen. Zu Beginn der Offensive, bei der Rückeroberung der östlich des Tigris liegenden Stadtteile, setzten die Angreifer noch überwiegend auf Bodentruppen, voran, als Speerspitze, die ein Jahr lang speziell dafür trainierten irakischen Spezialeinheiten der »Goldenen Division«. Diese erlitten dabei jedoch so schwere Verluste – US-Berichten und Informationen von Amnesty International zufolge zwischen 50 und 75 Prozent ihrer Truppen –, dass die verbündeten Streitkräfte immer mehr auf Artillerie und Luftangriffe setzten. Beim Sturm auf den wesentlich dichter bebauten Westteil der Stadt, in dem rund 800.000 Menschen eingeschlossen waren, wurde den Angreifern der Weg regelrecht freigebombt. Nur mit Hilfe des Dauerfeuers der US-geführten Allianz sei es Bodentruppen, wie AP berichtete, möglich geworden, auf die engen Altstadtviertel vorzustoßen. Oft sei schon Luftunterstützung angefordert worden, um Gruppen von nur zwei bis drei Kämpfern mit leichten Waffen auszuschalten.

### **»Um jeden Preis«**

Bereits unter US-Präsident Barack Obama waren die Einsatzregeln für Luftangriffe entsprechend gelockert worden, die Trump-Regierung dann gab dem Militär nahezu völlig freie Hand. Indem sie Mitte Mai zudem das »Einkreisen und Auslöschen« des Daesch als neue Taktik anordnete, steigerte sie die Rücksichtslosigkeit der Kriegführung weiter. War zuvor ein Rückzug des Großteils der Dschihadisten nach Syrien als wünschenswerte Stärkung der Front gegen die Assad-Regierung angesehen worden, zielt die »Auslöschungskampagne« laut Pentagon-Chef James Mattis darauf, die Rückkehr

ausländischer Kämpfer der Terrortruppe in deren Heimatländer zu verhindern. Diese werden von den NATO-Staaten mittlerweile als das größte Risiko angesehen.

So wurde jegliche Rücksicht auf die im Kampfgebiet festsitzende Bevölkerung aufgegeben – eine weitere Demonstration der Geringschätzung des Lebens von Arabern gegenüber dem von Nordamerikanern und Europäern. Durch die Rückeroberung der Stadt »um jeden Preis«, wie es AI in einem Bericht bezeichnete, hat die US-geführte Allianz auch nach Ansicht der Menschenrechtsorganisation gegen internationales Recht verstoßen, mit anderen Worten: Kriegsverbrechen begangen. Patrick Cockburn, der renommierte Nahostkorrespondent der britischen Tageszeitung *The Independent*, geht auf Basis der Angaben des irakisch-kurdischen Geheimdienstes von mindestens 40.000 zivilen Opfern des Sturms auf Mossul aus und spricht von einem Massaker.

Während rund 200.000 Flüchtlinge in den bereits im Januar zurückeroberten und nicht so stark zerstörten Ostteil der Stadt zurückgehen konnten, hat der Sturm auf den Westen zusätzlich 750.000 Menschen vertrieben. Über 830.000 Einwohner Mossuls sitzen nun, nur notdürftig versorgt, während der irakischen Sommerhitze in Zeltlagern fest. Die meisten von ihnen haben angesichts der immensen Zerstörungen kaum Chancen, in naher Zukunft zurückkehren zu können. Allein die Wiederherstellung der lebensnotwendigen städtischen Infrastruktur wird über eine Milliarde US-Dollar kosten und Monate dauern, der auf zig Milliarden Dollar veranschlagte gesamte Wiederaufbau viele Jahre.

Der Verlust von Mossul ist zweifellos ein schwerer Schlag für den Daesch. Besiegt ist er jedoch noch lange nicht. Ein großer Teil der Dschihadisten konnte sich auch diesmal rechtzeitig absetzen – irakischen Berichten zufolge zum Teil durch Bestechung von Armeeangehörigen – oder untertauchen. Nach wie vor stehen noch weite Gebiete im Irak unter seiner Kontrolle.

Auf der anderen Seite wurde keine der Ursachen, die die Ausbreitung des Daesch erst ermöglicht hatten, beseitigt. Die Mehrheit der sunnitischen Bevölkerung, die 2014 die Vertreibung der als Besatzungstruppen empfundenen Regierungsarmee durch den Daesch und durch lokale Aufständische begrüßt hatte, betrachtet den Sieg der überwiegend schiitischen und kurdischen Truppen und Milizen keineswegs als Befreiung. Der Krieg, in dem neben Mossul zahlreiche weitere Städte und Dörfer zerstört wurden, hat viele Sunniten, die bereits 2014 gegen ihre systematische Benachteiligung auf die Barrikaden gegangen waren, noch weiter verbittert und die Basis für ein erneutes Erstarken extremistischer Gruppen gelegt.

### **Neues Konfliktpotential**

Racheaktionen, Massaker und Vertreibungen durch vom Iran ausgerüstete schiitische Milizen, die in konfessionell gemischten Gebieten das Ausmaß »ethnischer Säuberungen« annehmen, schaffen zusätzliches Konfliktpotential. Gewaltsame Auseinandersetzungen drohen zudem auch zwischen Kurden und anderen Bevölkerungsgruppen. Die dominierenden Kurdenparteien KDP und PUK hatten, als die irakische Armee 2014 vor dem anrückenden Daesch das Weite suchte, die Gunst der Stunde genutzt, um das Territorium, das sie jenseits der vier Gouvernements der kurdischen Autonomieegion (KAR) kontrollieren, deutlich auszuweiten. Insbesondere brachten sie Kirkuk und Umgebung unter ihre Herrschaft – und damit auch die größten Ölfelder im Norden Iraks. Bei der Bekämpfung des Daesch übernahmen sie in weiteren Gebieten die Kontrolle, so dass ihr Herrschaftsgebiet jetzt 40 Prozent größer ist als die Autonomieregion. Vertreter der KDP lassen keinen Zweifel, dass sie diese Territorien, die keineswegs mehrheitlich von Kurden bewohnt sind, dauerhaft der KAR anschließen wollen. Auch hier kam es zu Vertreibungen von Sunniten, die pauschal als Daesch-Anhänger behandelt werden. Immer wieder gibt es Kämpfe mit konkurrierenden schiitischen Milizen sowie auch mit jesidischen Selbstverteidigungskräften, die eine eigene Autonomie für ihre Region anstreben. Bisher zwang der gemeinsame Gegner Daesch die rivalisierenden Kräfte zur Zusammenarbeit. Mit dem im September vorgesehenen Referendum über die formelle Unabhängigkeit der bereits weitgehend selbständigen KAR ist eine Eskalation jedoch programmiert.

Experten hatten seit Beginn der Rückeroberungsoperation vor der weiteren Destabilisierung des Landes durch ein rein militärisches Vorgehen gegen den Daesch gewarnt. Zu keinem Zeitpunkt jedoch wurden Alternativen zum Vernichtungsfeldzug erörtert, der von der schiitisch dominierten Regierung in Bagdad und den schiitischen Milizen gegen ihre sunnitischen Gegner geführt wurde. Statt nach den Großstädten Ramadi und Falludscha auch noch die Millionenmetropole Mossul zu zerstören, um sie von 4.500 bis 7.500 Dschihadisten zu »befreien«, hätten die USA und ihre Verbündeten den Daesch durch lokale Isolation und Abschneiden vom Nachschub bekämpfen können. Dazu wäre eine effektive Schließung der Grenzen für Kämpfer, Geld, Waffen und Material sowie die Aufgabe der sektiererischen Politik in Bagdad und ein Ausgleich der schiitisch dominierten Regierung mit den Sunniten nötig gewesen. Die Ablehnung von deren berechtigten Forderungen führte 2014 zu dem Aufstand, der dem Daesch erst eine Offensive ermöglichte. Ohne eine Verständigung mit der sunnitischen Bevölkerung, das erklärte bereits im November 2016 auf dem Nachrichtenportal *ekurd.net* auch Lahur

Talabani, Chef des Geheimdiensts der irakisch-kurdischen Partei PUK und Neffe ihres Parteichefs Dschalal Talabani, wird der Krieg im Irak nicht zu Ende gehen.